

## **Hamburg nach der Bürgerschaftswahl: Harte und faire SPD-Opposition - mehr soziale Gerechtigkeit und bessere Zukunftsperspektiven für Hamburg**

---

Das Wahlziel der Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, eine Mehrheit für eine rot-grüne Regierung zu erlangen, wurde nicht erreicht. Die CDU hat zusammen mit der GAL beschlossen, die erste schwarze-grüne Regierung auf Länderebene zu installieren. Wir Hamburger Sozialdemokraten werden auf der Grundlage unseres Wahlprogramms eine harte aber faire Opposition sein.

Die SPD wird sich dabei nicht auf einen Wettbewerb einlassen, wer die schärfste Kritik am Senat formuliert und wer den Menschen die größten Versprechen macht. Genauso wenig gibt es eine Koalition in der Opposition. Ziel der SPD ist es weiterhin, die führende Regierungspartei dieser Stadt zu werden. Jeder, der es ermöglicht, einen Großteil sozialdemokratischer Forderungen zu verwirklichen und die Gewähr für eine verlässliche und realistische Politik im Interesse der Stadt gewährleistet, kommt als Koalitionspartner in Betracht.

**Für uns gilt die Maxime: Nur ein soziales Hamburg wird auf Dauer ein ökonomisch erfolgreiches Hamburg sein.**

Hamburg muss gerechter werden. Wir brauchen für alle Hamburgerinnen und Hamburger Perspektiven von Anfang an. Der Wahlkampf hat gezeigt, dass viele Menschen die zunehmende soziale Spaltung nicht länger akzeptieren wollen. Die CDU wird an der sozialen Spaltung aber nichts ändern. Der Vorsitzende der Hamburger CDU hat erklärt, die Soziale Spaltung sei eine Erfindung der SPD. Der neue Sozialsenator Wersich erklärte ebenfalls, dass es keine Spaltung der Stadt gibt.

Dies zeigt, dass diejenigen, die auf Hilfe angewiesen sind, auch bei diesem Senat schlecht aufgehoben sind.

Auch zeigt der schwarz-grüne Koalitionsvertrag, dass das Ringen um Chancen für alle nicht im Mittelpunkt der künftigen konservativ geprägten Politik stehen wird. Kinder aus sozial schwachen Familien werden auch künftig keinen Ganztagskitaplatz bekommen, obwohl wir doch wissen, wie wichtig gute Kinderbetreuung ist, um den Kreislauf aus Bildungsarmut und Arbeitslosigkeit in Familien zu durchbrechen.

Kinder werden auch künftig in Kitas kein Mittagessen bekommen, wenn ihre Eltern das Geld dafür nicht aufbringen. Beschämend für eine reiche Stadt wie Hamburg.

Die soziale Gerechtigkeit und die Bekämpfung der Armut stehen nicht auf der Tagesordnung des CDU-GAL-Senates. Darüber können auch einzelne Ankündigungen für soziale Bereiche nicht hinwegtäuschen. Insbesondere die sozialpolitischen Projekte stehen erneut unter dauerhaftem Finanzierungsvorbehalt. Schon die beiden vorangegangenen CDU-Senate haben mit diesem Argument immer wieder gerade sozialpolitische Ausgaben verhindert, während in der gleichen finanzpolitischen Situation andere Projekte weiter finanziert wurden. Ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit von Sozialpolitik fehlt. Sozialpolitik hat für Schwarz-Grün keinen großen Stellenwert.

Es ist nicht erkennbar, dass tragfähige soziale Strukturen in den Stadtteilen organisiert werden sollen. Es ist nicht erkennbar, dass die präventive Arbeit für Kinder und Jugendliche gestärkt und die Arbeitslosigkeit, die über mehrere Generationen geht, bekämpft wird. Schwarz-Grün versäumt es auf diese Weise, dafür zu sorgen, dass Hamburgs Stadtteile nicht weiter auseinanderdriften.

Wir werden für mehr soziale Gerechtigkeit kämpfen. Menschen brauchen Arbeit, von der sie leben können. Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, Maßnahmen zur Qualifizierung von Arbeitslosen jenseits der Ein-Euro-Jobs und Förderung von Arbeitnehmern gehört dazu, um drohender Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Wir wollen ferner Perspektiven für die knapp 2000 Jugendlichen schaffen, die jedes Jahr ohne Abschluss die Schule verlassen. Außerdem gehört ein gesetzlicher Mindestlohn dazu, insbesondere nachdem durch die Rechtsprechung der EU der einzigen Möglichkeit auf Landesebene für gerechte Bezahlung zu sorgen - das Tariftreue- und Vergabegesetz - die Grundlage entzogen wurde.

## Gleiche Bildungschancen

Bildungspolitik bleibt Schwerpunkt unserer Arbeit. Die Hamburger Wählerinnen und Wähler haben uns im Wahlkampf die Kompetenz für das Thema Bildung zugesprochen. Die Kampagne der CDU gegen unsere Bildungspolitik ist zusammengebrochen. Auch die Kampagne der GAL hat die Menschen nicht überzeugt..

Wir erleben jetzt, wie beide Parteien versuchen, einen Kompromiss in der Frage der Schulstrukturen zu finden. Die bisher vorgestellten Ideen sind nicht überzeugend. Die so genannte Primarschule ist in der Konzeption der Koalition fragwürdig, zumal beide Partner darunter etwas anderes verstehen: Die CDU betont, dass das Gymnasium gar nicht geschwächt werde, weil ja die Möglichkeit besteht, an die so genannte Langform der Primarschule - d. h. Gymnasium von Klasse 1 an - zu gehen. Die GAL betont das Modell der Bezirksgrundschule. Was gilt, ist weder für die Eltern noch für alle anderen ersichtlich. Diese Unsicherheit führt schon jetzt zu erheblicher Unruhe und Unzufriedenheit an Hamburgs Schulen.

Wir sehen die Gefahr einer noch früheren Auslese, da das Wahlverhalten der Eltern auf den Zeitpunkt vor der Grundschule verlegt wird. Damit wird das gemeinsame Lernen der Grundschule abgeschafft und die Spaltung des Schulsystems in die Grundschule, wenn nicht sogar schon in die Vorschule hineingetragen.

Auch sollen Hamburgs Eltern künftig über die Wahl der weiterführenden Schule für ihre Kinder nicht mehr mitentscheiden dürfen. Schwarz-Grün schafft das Elternwahlrecht ab.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind gegen die soziale Spaltung schon vor der Grundschule und gegen die Abschaffung des Elternwahlrechts. Wer längeres gemeinsames Lernen durchsetzen will, muss die Eltern mitnehmen, wie wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten es gefordert haben. Wer längeres gemeinsames Lernen durchsetzen will, muss das Gymnasium von innen her verändern, indem nicht nur das Fordern, sondern auch das Fördern in den Vordergrund gestellt wird.

Es droht eine Überforderung unseres Hamburger Schulsystems: Die Einführung des Abiturs nach acht Jahren war konzeptionslos und ist nicht abgeschlossen. Die

Profiloberstufe wird eingeführt. Die Einführung von Stadtteilschule steht bevor. Und zusätzlich wird die Primarschule mit drei Modellen eingeführt. Damit sind das System, die Behörde und die Schulen überfordert. Leidtragende werden Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern sein.

Hamburg droht bildungspolitischer Stillstand, weil sich die unkoordiniert nebeneinander herlaufenden Reformen gegenseitig blockieren. So ist die von allen geforderte Stärkung des Hamburger Schulwesens nicht zu erreichen. Vielmehr wird statt mehr Bildungsgerechtigkeit die Ungerechtigkeiten des Systems zementiert werden. Konkret droht, dass viele Eltern das öffentliche Schulwesen für ihre Kinder nicht mehr akzeptieren und in großem Ausmaß Privatschulen aussuchen. Dies wäre für den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft fatal und im Übrigen eine Entwicklung, die kaum rückholbar wäre.

## **Für eine berechenbare Wirtschaftspolitik und gesicherte Energieversorgung**

Hamburg braucht neben einer sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung eine verlässliche Wirtschaftspolitik. Hamburgs kann von der Globalisierung profitieren. Wir müssen aber verlässlicher Ansprechpartner der Wirtschaft sein. Der Erste Bürgermeister von Beust ist dies nicht.

Wir Hamburger Sozialdemokraten werden uns für den Bestand und die Weiterentwicklung der Hamburger Industriebetriebe einsetzen. Wir werden uns für die Fortentwicklung des Hafens und die Elbvertiefung stark machen und dafür, dass nicht weitere Teile der HHLA privatisiert werden.

Hamburg braucht aber auch eine gesicherte Energieversorgung für die Industriebetriebe der Stadt. Wer in seiner Koalitionsvereinbarung nur einen dürren Satz zur Industriepolitik verliert und die Frage der Energieversorgung nicht entscheidet, der gefährdet die 100.000 industriellen Arbeitsplätze und die daran hängenden weiteren 300.000 Arbeitsplätze in den Dienstleistungsbranchen.

Der Rückzug der Politik aus der Energiepolitik, indem man - auch auf Kosten der Glaubwürdigkeit der Stadt - die aktuell wichtigste energiepolitische Entscheidung allein den Gerichten überlässt, ist ein Geburtsfehler der CDU-GAL-Koalition. Statt auf Verhandlungen und klare Worte gegenüber den Energieversorgern setzt man auf die Rechtsprechung – mit ungewissem Ausgang. Energiepolitische Fragen, die wie das Kohlekraftwerk Moorburg langfristige Risiken für die Umwelt und die Gesundheit vieler Hamburgerinnen und Hamburger bergen, müssen aber in der vollen Verantwortung der Politik entschieden werden.

Wir werden die Themen Energieeffizienz, alternative Energieträger und Versorgungssicherheit noch stärker als bisher auf die Agenda der Oppositionspolitik setzen.

## **Solide Finanzen sind Voraussetzung einer zukunftsgerichteten Politik**

Die Behauptung der CDU, der Haushalt wäre 2007 ohne neue Schulden ausgekommen, ist falsch. Auch der Rechnungshof hat dies in einem Sonderbericht deutlich gemacht. Derzeit wird für 2008 mit einem Haushaltsdefizit von 693,7 Millionen Euro geplant. Darin sind die Kosten des Koalitionsvertrags noch nicht enthalten. Das Defizit liegt damit um 400 Millionen Euro über dem des Vorjahres - und das trotz Steuereinnahmen auf Rekordniveau. Insgesamt summieren sich die Defizite bis 2011 auf 1,6 Milliarden Euro. Ausgeglichen ist der Haushalt frühestens 2012 und auch nur dann, wenn der konjunkturelle Aufschwung und damit das Steigen der Steuereinnahmen nicht abbrechen.

Die Koalition wird in den Haushaltsberatungen endlich Farbe bekennen und Aussagen zur Finanzierung ihrer Projekte machen müssen. Wer den politischen Gegner in dieser Frage kritisiert, der darf nicht viele Projekte zu Papier bringen, ohne konkrete Aussagen zur Frage ihrer Finanzierung zu machen.

Die CDU hat seit 2001 öffentliches Vermögen von über 3,6 Milliarden Euro verkauft, das durch die erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik früherer SPD-Senate entstanden ist. Wichtige Einnahmequellen und Gestaltungsspielräume sind damit verloren

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind gegen die weitere Finanzierung des Haushaltes durch neue Privatisierungen und Vermögensverkäufe. Die Sprachlosigkeit der Koalitionäre in diesem Punkt macht uns misstrauisch, zumal damit zu rechnen ist, dass viele der in den vergangenen Wochen angekündigten prächtigen Projekte wegen der fehlenden Finanzierung nicht machbar sind.

## Politik für die Metropole der Zukunft

In den Metropolen der Welt fokussieren sich die gesellschaftlichen Probleme wie unter einem Brennglas. Hier entwickeln sich gesellschaftliche Defizite früher als anderswo. Wir werden uns daher der Problematik stellen müssen. Ein fröhliches weiter so darf es nicht geben.

Hamburg zählt wie keine zweite Stadt in Deutschland aufgrund ihrer internationalen Beziehungen zu den Globalisierungsgewinnern. Die Wachstumsraten etwa im Hafen und die seit Jahren ständig über dem Bundesdurchschnitt liegenden Wachstumsraten beweisen das. Eine Stadt, die sich zu den Globalisierungsgewinnern zählt, muss sich auch den Globalisierungsverlierern zuwenden.

Die Wirtschaftsstruktur in Hamburg ist auf Leistung ausgerichtet. Hohe Qualifikationen sind gefragt. Untersuchungen der OECD zeigen, dass ein Wirtschaftsraum wie Hamburg deutlich mehr Menschen mit Abitur und Hochschulstudium braucht, als unser Bildungssystem bisher hervorbringt. Hier liegt eine weitere Aufgabe für die Hamburger Politik.

Sie muss sich aber auch um die Menschen kümmern, die bisher nicht in der Lage waren, selbst wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Hier werden wir darauf drängen, dass nötige Qualifizierungsmaßnahmen ergriffen werden, dass auch Langzeitarbeitslose die Chance auf einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt bekommen, dass die Weiterqualifizierung gerade älterer Arbeitnehmer angesichts verlängerter Lebensarbeitszeiten von den Unternehmen endlich ernst genommen wird.

Angesichts der demographischen Entwicklung werden wir uns verstärkt der Frage zuwenden müssen, wie wir in Deutschland zukünftig unseren Arbeitskräftebedarf decken können. Trotz der Tatsache, dass bereits jetzt 50 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund haben und Deutschland längst Einwanderungsland ist, werden wir um weitere qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland werben und kämpfen müssen. Der Mangel an Ingenieuren, der jetzt schon besteht, bedroht den Industriestandort. Es wird die Aufgabe der Politik sein, sich verstärkt um Integration zu bemühen, wenn man nicht weitere reflexartige Ablehnungen riskieren will, wenn dringend benötigte Arbeitskräfte nach Deutschland geholt werden. Dies wird eine der großen Herausforderungen für die Metropole sein.

Die wachsende Metropole ist verbunden mit wachsendem Verkehrsaufkommen – allein durch den Wirtschaftsverkehr des Hafens. Sie ist auch verbunden mit zunehmendem Flächenverbrauch. Dies in Einklang zu bringen mit den Anforderungen von Umweltpolitik und Lebensqualität ist eine Herkulesaufgabe.

Nur wenn die Vereinbarung dieser Bereiche gelingt, wird die Akzeptanz der Bevölkerung für derartige Entwicklungen gegeben sein. Planungsprozesse im 21. Jahrhundert sind nicht mehr technokratisch abzuwickeln, sondern müssen demokratisch legitimiert sein. Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung sind heutzutage Bestandteile des demokratischen Willensbildungsprozesses und werden von uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ausdrücklich bejaht. Demokratie lässt sich nicht auf eine Abstimmung alle vier Jahre reduzieren. Bürgerbegehren und Volksentscheide sind eine weitere Säule unseres politischen Systems, ohne dass wir uns von der repräsentativen Demokratie verabschieden.

Die Hamburger SPD wird sich den Herausforderungen einer Politik für die menschliche Metropole des 21. Jahrhunderts stellen und deshalb einen Metropolenkongress veranstalten, auf dem alle diese Zukunftsfragen diskutiert werden und auf dem nach Lösungen gesucht werden muss..

## **Politik für die Menschen vor Ort Die SPD stellt sich auf**

Michael Naumann hat einen großartigen Wahlkampf geführt. Er hat unermüdlich Hamburgs Stadtteile besucht, mit Bürgerinnen und Bürgern gesprochen und auf vielen Veranstaltungen für unser Programm geworben. Viele Menschen sind mit uns der Meinung, dass mehr getan werden muss, um die soziale Spaltung der Stadt zu überwinden.

Dieser Wahlkampf war aber auch eine großartige Gemeinschaftsleistung der Hamburger SPD-Mitglieder und all unserer Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise. Wir haben gezeigt, dass wir gemeinsam kämpfen können und dass es uns sogar Spaß macht.

Befürchtungen, das neue Wahlrecht könne die Menschen überfordern und die Wahlbeteiligung senken, haben sich nicht bewahrheitet. Die Wählerinnen und Wähler haben von der Möglichkeit des Personenwahlrechtes erheblich stärkeren Gebrauch gemacht, als vorher eingeschätzt wurde. Die Chancen, die mit einer Personenwahl und

einem entsprechenden Wahlkreiswahlkampf verbunden sind, liegen auf der Hand: Bürgernähe und das Aufgreifen konkreter Themen vor Ort müssen noch stärker in den Mittelpunkt des politischen Handelns rücken. Hier waren wir stark, und hier liegen auch enorme Chancen für die weitere Entwicklung unserer Politik in der Opposition.

Besonders erfreulich: Bei der Bürgerschaftswahl konnten wir in allen Altersgruppen gewinnen. Besonders gilt das bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern unter 25 Jahren (+9%), noch mehr bei den jungen Frauen (+ 10%).

Das Wahlergebnis zeigt aber auch, dass wir für die wachsende Gruppe der Älteren, der Rentnerinnen und Rentner und der Pensionäre überzeugendere Politikkonzepte brauchen.

Die signifikant geringe Wahlbeteiligung in vormals sozialdemokratischen Hochburgen ist erschreckend. Wie wir dort wieder zu einer angemessenen Wahlbeteiligung kommen ist eine der großen Aufgaben, die wir bewältigen müssen. Das Wegbleiben der älteren Wählerinnen und Wähler – sicherlich auch bedingt durch Irritationen beim Umgang der SPD mit der Linkspartei unmittelbar vor der Bürgerschaftswahl - wäre ansonsten eine Gefahr für die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der SPD.

Der Anteil von Wählerinnen und Wählern, die rechtsextrem gewählt haben, ist von ca. 10% auf 3% gesunken. Das ist erfreulich, sollte aber im Zusammenhang mit steigender Politikverdrossenheit und einer insgesamt mit der Glaubwürdigkeitsfrage kämpfenden Parteienlandschaft nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in Hamburg immer noch und immer wieder ein Potential an Stimmen für rechtsextreme Parteien gibt. Das erschreckende und gewalttätige Auftreten der Rechtsextremen am 1. Mai hat deutlich gemacht, dass die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dringend notwendig ist. Unsere Haltung – politische Argumentation einerseits, Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten bis hin zum NPD-Verbot andererseits - stößt auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. „Auch das hat sich am 1. Mai und den Tagen danach gezeigt.

Eine Analyse der politischen Situation und der Lebenswirklichkeit der Menschen in unserer Stadt ist notwendig. Sie darf sich aber nicht auf eine abstrakte Diskussion beschränken. Um Vertrauen zu erhalten und zurückzugewinnen, muss die SPD erkennbare und erfahrbare Politik machen. Wir und unsere Politik müssen nah bei den Menschen sein. Die ersten Erfahrungen mit Wahlkreisarbeit während des Wahlkampfes bieten hier gute Ausgangsmöglichkeiten. Die Parteiarbeit insgesamt muss sich vor dem Hintergrund der Bedeutung der Wahlkreise entsprechend umstrukturieren.

Hier werden unsere positiven Erfahrungen aus dem Wahlkampf ebenso eine Rolle spielen, wie die Organisation einer effektiven Zusammenarbeit von bezirklicher Ebene (Bezirksfraktionen), Wahlkreisabgeordneten der Bürgerschaft und den örtlichen Parteigliederungen.

Kommunale Politik für eine schöne Stadt und die Menschen, die in ihr leben, muss immer stärker im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden. Dies stellt Anforderungen an unsere Politikinhalte und –konzepte. Die Wahlkreise haben dabei eine hohe Bedeutung. Der Wahlkampf hat bereits gezeigt, dass ein differenzierter Umgang mit Themen und den Gegebenheiten vor Ort nicht nur

notwendig, sondern allemal möglich ist. Die Chancen, die darin an Mobilisierung und Beteiligung liegen, müssen wir nutzen. Wir sind stark in den Wahlkreisen. Das hat der Wahlkampf deutlich gemacht. Das bietet Anknüpfungspunkte für konkrete Initiativen in den Quartieren - wie Mieter- und Sozialberatung und vieles mehr.

Die Akteure vor Ort – insbesondere Bezirks- und Bürgerschaftsabgeordnete - stehen vor der Aufgabe, ihre Arbeit auch thematisch zu koordinieren.

Als erste organisatorische Schritte hat der Landesvorstand eine Arbeitsgemeinschaft eingesetzt, die vor dem Hintergrund der Bedeutung der Arbeit vor Ort eine Auswertung des Wahlkampfes in den Wahlkreisen und daraus folgend Konsequenzen für die Wahlkreisarbeit erarbeiten wird. Eine gemeinsame verbindende Klammer der politischen Arbeit der SPD vor Ort ist dafür notwendig.

Politische Schwerpunkte der nächsten Zeit werden die Bildungs- und Sozialpolitik sein. Gleichmaßen werden wir dafür streiten, die Grundlagen für wirtschaftlichen Erfolg in Hamburg nicht weiter zu gefährden. Genauso werden wir für einen ausgeglichenen Haushalt kämpfen und die Buchungstricks des Senates offenlegen. In den anstehenden Haushaltsberatungen wird der schwarz-grüne Senat der Öffentlichkeit nicht länger Sand in die Augen streuen können.

In die neue SPD-Bürgerschaftsfraktion sind viele Genossinnen und Genossen gewählt worden, die erstmals im Landesparlament Verantwortung übernehmen. Über die Hälfte der SPD-Abgeordneten sind neu im Parlament, die Fraktion hat sich deutlich verjüngt. Dies gibt Schwung für die parlamentarische Arbeit.

Heute müssen die Weichen richtig gestellt werden, damit Hamburg in 20 bis 30 Jahren erfolgreich ist. Alle großen Städte der Welt sind im Umbruch. Globalisierung, Revolutionen in der Informations- und Kommunikationstechnologie, Wanderungsprozesse und demografische Veränderungen zwingen die Politik überall zu neuen Antworten. Wir sind es kommenden Generationen schuldig, heute die Grundlagen für wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Ausgleich zu legen. Dazu brauchen wir eine kluge und vorausschauende Politik, die sich nicht mit einfachen Antworten, nicht mit billigem Populismus und nicht mit Pauschalrezepten zufrieden gibt.

Wir Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben eine große Aufgabe in dieser Stadt. Sie hat sich mehrheitlich gegen die soziale Spaltung entschieden. Die von der CDU getragene Politik der letzten vier Jahre hat keine Mehrheit mehr erhalten. Es gilt nun, deutlich zu machen, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die besseren Konzepte für die aktuellen Herausforderungen und die richtigen Antworten auf die aktuellen Fragen haben.